

12985

Stenographisches Protokoll

150. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 27. Juni 1986

Inhalt**Personalien**

Krankmeldungen (S. 12986)

Entschuldigungen (S. 12986)

Fragestunde (107.)**Wissenschaft und Forschung (S. 12986)**

Dr. Preiß (808/M); Dr. Höchtel, Dr. Stix, Dr. Stippel

Dr. Stix (826/M); Mag. Guggenberger, Dkfm. DDr. König, Haigermoser

Dr. Blenk (816/M); Dr. Stix, Dr. Nowotny, Dr. Neisser

Dkfm. DDr. König (817/M); Dr. Stix, Dr. Seel, Dr. Neisser

Dr. Neisser (818/M); Dr. Stix, Dr. Seel, Dr. Blenk

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 12999)

Eingebracht wurde**Anfragebeantwortung**

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Kraft und Genossen (1991/AB zu 2023/J)

903

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident **Benya**.

Präsident: Zusatzfrage.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 147. Sitzung vom 25. Juni 1986 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Wimmersberger, Landgraf und Strache.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Keimel, Bergmann, Rosemarie Bauer, Maria Stangl, Schüssel, Helga Wieser und Brigitte Ederer.

Fragestunde

Präsident: Wir kommen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter **Preiß** (SPÖ) an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

808/M

Was ist der jüngste Stand der Überlegungen betreffend die Gründung universitärer Einrichtungen in Niederösterreich?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung **Dr. Fischer:** Herr Abgeordneter! Die Grundeinstellung des Wissenschaftsministeriums zur Frage der Gründung universitärer Einrichtungen in Niederösterreich beruht auf sachlichen und wissenschaftspolitischen Überlegungen und ist daher unverändert; unverändert in dem Sinn, daß wir glauben, daß aus gesamtösterreichischen wissenschaftspolitischen Überlegungen heraus zu den zwölf wissenschaftlichen Universitäten und sechs Kunsthochschulen, die es heute gibt, die Gründung einer weiteren Universität sachlich nicht vertretbar ist, auch nicht finanzierbar ist, und zwar deshalb nicht, weil wir zu einem optimalen Einsatz der Steuermittel verpflichtet sind und regionalpolitische Überlegungen nur an zweiter oder dritter Stelle, aber jedenfalls nicht an erster Stelle stehen können.

Abgeordneter **Dr. Preiß:** Herr Bundesminister! Wie weit sind die Überlegungen hinsichtlich der Errichtung eines interuniversitären Forschungsinstituts für Fernstudien in Niederösterreich gediehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dr. Fischer:** Herr Abgeordneter! Diese Überlegung erfolgt im Rahmen jener Politik, daß man einzelne universitäre Einrichtungen — wie schon bisher — sinnvollerweise natürlich auch außerhalb der großen Universitätsstandorte ansiedeln kann.

Es hat schon vor einigen Jahren diesbezügliche Überlegungen gegeben. Ich habe sie in den letzten Wochen aufgegriffen und konkret auch dem niederösterreichischen Landeshauptmann den Vorschlag gemacht, zu prüfen, ob er mit der Errichtung eines solchen interuniversitären Fernstudienzentrums in Krems einverstanden ist beziehungsweise ob er jene Voraussetzungen schaffen kann, insbesondere was das notwendige Gebäude betrifft, die erfüllt sein müssen, um diesen Plan, den ich positiv beurteile, realisieren zu können.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Dr. Preiß:** Herr Bundesminister! Es war jetzt gerade von Gebäuden die Rede. Es ist durch den Blätterwald gegangen, daß Ihnen der Herr Landeshauptmann eine ganze Reihe von Objekten für universitäre Einrichtungen angeboten hat.

Können Sie mir sagen, welche Objekte realistischerweise allenfalls in Frage kämen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dr. Fischer:** Herr Abgeordneter! Würde ich alle Objekte nennen, so würde das den Rahmen der Fragestunde sprengen, denn es waren etwa 120 oder 130. Wie Sie aus der großen Zahl schon erkennen können, waren allein 70 Schlösser dabei, alles, was in Niederösterreich schloßähnlichen Charakter hat, und natürlich auch Objekte, die gar nicht im Eigentum des Landes Niederösterreich stehen, über die der Landeshauptmann daher gar nicht verfügen kann.

Bundesminister Dr. Fischer

Ich habe ihm daher Ende des Vorjahres geschrieben, ob er in der Lage ist, zu präzisieren, welche Objekte tatsächlich dem Bund zu welchen Konditionen zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Herr Landeshauptmann hat mir darauf im Jänner oder Feber dieses Jahres geantwortet, aber nicht konkret, sondern doch in einer etwas allgemeineren Form, sodaß die konkrete Frage an das Land Niederösterreich, welches nicht für andere Zwecke benötigte, im Eigentum des Landes Niederösterreich stehende geeignete Objekt zu welchen Kosten oder Bedingungen für den Bund verfügbar ist, noch unbeantwortet ist.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Höchtl.

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Herr Bundesminister! Tatsache ist, daß die Wiener Universitäten aus allen Nähten platzen, daß postuniversitäre Bildung ein Gebot der Stunde ist, was Sie auch positiv bezüglich dieses Instituts für Fernstudien bemerkt haben, daß gewisse neue Studieninhalte eine Notwendigkeit der Stunde sind, daß neue Kombinationen in einem vernetzten Wissenschaftssystem etwas darstellen, was unbedingt notwendig wäre.

Ich frage Sie, weil die beiden Großparteien in Niederösterreich eine gemeinsame Linie gefunden haben, für eine Universität in Niederösterreich einzutreten, ob Sie als Wissenschaftsminister die Bereitschaft haben, mit dem Herrn Landeshauptmann über eine derartige Einrichtung universitärer Institutionen in Niederösterreich zu verhandeln.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Ich habe ja schon mit dem Herrn Landeshauptmann Gespräche geführt. Ich habe ihm den Standpunkt des Bundes sachlich begründet, und er hat in einem Brief zum Ausdruck gebracht, daß er zunächst einmal diesen Standpunkt zur Kenntnis nimmt, weil er mir geschrieben hat: „Unbeschadet der von Ihnen eingenommenen Haltung möchte ich anregen, daß man jedenfalls einzelne Einrichtungen nach Niederösterreich transferiert.“

Was diese Transferierung einzelner Einrichtungen nach Niederösterreich betrifft, bin ich nicht nur gesprächsbereit, sondern sehr daran interessiert. Das ist auch schon unsere bisherige Politik, sonst könnte es ja diese Einrichtungen nicht geben.

Wenn der Abgeordnete Vetter gestern in einer Aussendung sagt: „Minister Fischer hat

nun doch die sachliche Notwendigkeit einer eigenen niederösterreichischen Universität erkannt“, dann freue ich mich einerseits über einen offenbar positiv gemeinten Satz, muß aber auch sagen: Sachliche Notwendigkeit zielt in die Richtung, die bestehenden Universitäten mit finanziellen Mitteln, um die ich mich sehr bemühe, sachgerecht auszubauen.

Auch die österreichische Rektorenkonferenz hat mir in einem Brief vom 21. März 1986 mitgeteilt, daß — ich zitiere wörtlich — „bezüglich einer Universität für Niederösterreich von der Rektorenkonferenz die Haltung vertreten wird, eine Duplizierung bestehender Universitäten nicht als anstrebenswert zu betrachten“. Zitatende. Das ist etwa auch meine Haltung.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Anknüpfend an Ihre jetzige Feststellung, daß Sie an die Ausgliederung gewisser Einrichtungen nicht nur denken, sondern daran interessiert sind, und im Zusammenhang mit der Tatsache, daß wir eine gewisse Ausbildungslücke, eher einen Ausbildungsengpaß in der Managementausbildung hinsichtlich wissenschaftlich hochqualifizierter Kräfte haben, frage ich Sie: Haben Sie Überlegungen, zur Schließung dieser Lücke — allenfalls für die Ausbildung eines auch forschungsmäßig hochqualifizierten Führungspotentials für die heimische Wirtschaft — eine Einrichtung in Niederösterreich zu schaffen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Ich halte dieses Problem für sehr akut. Es hat sich ja auch bei der jüngsten Diskussion um Entwicklungen in der verstaatlichten Industrie gezeigt, daß eine verbesserte Managementausbildung etwas sehr Wichtiges wäre. Ich muß natürlich klarmachen, daß es sich dabei um eine postuniversitäre oder postgraduierte Ausbildung handeln würde. Ich glaube, daß für ein diesbezügliches Zentrum ein Standort außerhalb der Großstadt, insbesondere auch in Niederösterreich, sehr geeignet wäre.

Es reduziert sich das eigentlich auf die Finanzierungsfrage oder, anders formuliert: Es erhebt sich die Frage, ob wir es uns leisten können, ein solches Zentrum zu gründen und zu führen, oder ob es, was nun manche Experten sagen, nicht viel billiger wäre, in großzügi-

12988

Nationalrat XVI. GP — 150. Sitzung — 27. Juni 1986

Bundesminister Dr. Fischer

ger Weise Stipendien zu geben, um österreichische Kandidaten dafür nach Frankreich oder nach Harvard in die Business-School oder dergleichen zu schicken.

Diese Grundsatzfrage muß noch mit dem Rechenstift in der Hand diskutiert werden. Aber wenn wir uns für die Errichtung eines eigenen Postgraduierten-Instituts entscheiden könnten und dieses auch bezahlen könnten, dann wäre Niederösterreich für so etwas sicher ein hervorragender Standort.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stippel.

Abgeordneter Dr. **Stippel** (SPÖ): Herr Bundesminister! Im Zusammenhang mit der möglichen oder im Gespräch stehenden Gründung einer Universität in Niederösterreich haben sich verschiedene Personen und Institutionen geäußert. Sind Ihnen auch Meinungsäußerungen seitens der Rektorenkonferenz hiezu bekannt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Natürlich haben sich auch Rektoren als Einzelpersonen oder die Rektorenkonferenz als Ganzes in diese Diskussion eingeschaltet. Daß letztlich für diesbezügliche Entscheidungen in Gesetzgebung und Vollziehung der Bund verantwortlich wäre — also dieses Haus, was die Gesetzgebung betrifft, und das Wissenschaftsministerium, was die Vollziehung betrifft —, ist ein Faktum, das aber nichts daran ändert, daß es legitim ist, wenn sich die Rektorenkonferenz mit der Frage befaßt.

Eine Äußerung der Rektorenkonferenz habe ich schon dem Kollegen Höchtl zitiert, eine zweite kam vom stellvertretenden Vorsitzenden der Rektorenkonferenz, Professor Oberhuber. Dieser hat sich noch ein bißchen kritischer geäußert. Eine dritte Äußerung kam vom Rektor der Universität Linz, der einmal gemeint hat: Wenn eine Milliarde Schilling auf der Straße liegt, wird sich der Wissenschaftsminister wohl bücken müssen und sie aufheben müssen. — Ich verspreche Ihnen, daß ich das tun werde, auch wenn der Betrag, der auf der Straße oder auf einer niederösterreichischen Straße liegt, weniger als eine Milliarde Schilling sein sollte. Aber bisher liegt überhaupt noch nichts auf der Straße, und daher kann man sich auch nicht danach bücken.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2:

Abgeordneter Stix (*FPÖ*) an den Herrn Minister.

826/M

Wie ist der derzeitige Stand der Sonnenenergieforschung in Österreich?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Ich habe schon in der gestrigen Fragestunde darauf verwiesen, daß ich gerade im Lichte der jüngsten energiepolitischen Entwicklung den alternativen Energiequellen eine entsprechende Bedeutung zumesse.

Was im besonderen die Frage der Sonnenenergie betrifft, gibt es seit Mitte der siebziger Jahre, also seit gut zehn Jahren, intensive Bemühungen in dieser Richtung. Sie haben auch zur Gründung einer eigenen Gesellschaft für Solarenergie, der ASSA, geführt, und ich kann Ihnen mitteilen, daß heute etwa 184 000 Quadratmeter Sonnenkollektoren in Österreich installiert sind.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Stix:** Nachdem klar ist, daß Österreich nicht in die großtechnische Nutzung der Kernenergie einsteigen wird, liegt es auf der Hand, einen Schwerpunkt bei den Alternativenenergien zu setzen. Dabei teile ich Ihre Auffassung und meine, daß der allerwichtigste Schwerpunkt im Bereich der Sonnenenergienutzung zu liegen hätte. Diese erstreckt sich allerdings nicht nur auf Kollektoren, sondern hat einen Bogen bis hin zur Wasserstoffwirtschaft.

Herr Bundesminister! Sie haben jetzt in Ihrer Antwort die ASSA erwähnt. In dieser ASSA, der Österreichischen Gesellschaft für Sonnenenergie, ist die Sonnenenergieforschung eine Abteilung. Es gibt dort Absichten einer Umstrukturierung, und ich hätte gerne von Ihnen gehört, wie Sie diese Neustrukturierung der österreichischen Gesellschaft für Sonnenenergieforschung sehen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Die diesbezüglichen Absichten sind zunächst nicht vom Wissenschaftsministerium ausgegangen, sondern darauf zurückzuführen, daß einige an der ASSA beteiligte Firmen, insbesondere aus dem Erdöl- und Energiebereich, wie zum Beispiel die Firma Shell oder die ÖMV, im Lichte des Sinkens der Rohölpreise geglaubt haben, sich zurückziehen zu

Bundesminister Dr. Fischer

sollen, was ich zur Kenntnis nehmen muß. Es wäre mir lieber gewesen, sie wären weiter dabei geblieben.

Dieser Rückzug verlangt jetzt eine Umstrukturierung, weil wir die Forschungstätigkeit als solche unbedingt fortführen wollen. Wir werden statt dessen verstärkt eine Zusammenarbeit mit Seibersdorf anstreben. Auch das dem Bautenministerium unterstehende Arsenal steht bereit und schätzt die Sache so positiv ein, daß es ebenfalls zur Mitarbeit und Kooperation mit der neustrukturierten Gesellschaft bereit ist.

Auf mehr Details möchte ich im Rahmen der Fragestunde schon aus Zeitgründen nicht eingehen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Stix: Herr Bundesminister! Seit Mitte der siebziger Jahre, nicht zuletzt auch aufgrund von Anregungen der damaligen freiheitlichen Opposition, aber auch der großen Bereitschaft der seinerzeitigen Frau Bundesminister Dr. Firnberg, hat sich Österreich in beachtlichem Maße an internationalen Projekten der Sonnenenergieforschung beteiligt.

Wie ist der Stand dieser internationalen Kooperation gegenwärtig?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Es gibt einzelne bilaterale internationale Kooperationsprojekte, ein bekanntes etwa Malta betreffend. Für mich kommt der Schwerpunkt aber den multilateralen internationalen Projekten zu, wo wir durch unsere Mitgliedschaft bei der IEA und bei der ESA und bei anderen internationalen auf diesem Gebiet tätigen Organisationen Erfahrungen sammeln können und an zwei oder drei Großprojekten teilnehmen und auch Einzelprojekte zur Lösung von Spezialfragen durchführen.

Das Ziel aller dieser Projekte ist meistens, Sonnenenergie in größerem Maßstab zu nutzen, für die Warmwasserbereitung zu nutzen, und — woran ich mich am Anfang nicht so rasch gewöhnen konnte, aber was eben auch ein Faktum ist — die Sonnenenergie vor allem auch zu nutzen, um die für Kühlungs Vorgänge notwendige Energie zu gewinnen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Guggenberger.

Abgeordneter Mag. Guggenberger (SPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben in Ihrer Antwort auf die Frage des Herrn Präsidenten Stix gerade von dem bilateralen Forschungsabkommen mit der Republik Malta gesprochen. Seit einigen Jahren stehen dort von Österreich errichtete Solaranlagen.

Welche Ergebnisse, Herr Bundesminister, konnten im Rahmen dieses bilateralen Forschungsvorhabens mit der Republik Malta bisher erzielt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Meine Amtsvorgängerin hat das vor allem seit dem Jahr 1980/81 stark forciert. Es sind österreichische Wissenschaftler auch in Malta gewesen, um dort am Aufbau konkreter Anlagen teilzunehmen. Denn was Malta betrifft, hat es sich nicht nur um Grundlagenforschung gehandelt, sondern um die Errichtung konkreter Energieanlagen mit Hilfe der Solarenergie, und zwar in beiden Richtungen, wie ich gerade erwähnt habe: solche, die für die Wärmegewinnung entwickelt wurden, und solche, die für die Energiegewinnung zu Kühlungs Vorgängen notwendig sind.

Diese Arbeit ist im wesentlichen abgeschlossen. Momentan wird von maltesischer Seite vor allem geprüft, inwieweit das jetzt mit eigenen Kräften weitergeführt werden kann und inwieweit daraus marktreife Produkte erarbeitet werden können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich glaube, es ist auch Aufgabe des zuständigen Ministers, vor übertriebenen Erwartungen zu warnen. Wir haben jetzt seit den siebziger Jahren die ASSA. Sie dokumentiert ausgezeichnet, aber im Forschungsbereich müssen wir doch feststellen — Sie haben es ja selbst gesagt —, daß außer den Kollektoren für Warmwassergewinnung und Kleinstprojekten in unseren Breiten nicht daran zu denken ist, aus der Sonnenenergie auch Strom zu erzeugen. Das muß man einmal sagen. (*Abg. Dr. Stix: Völlig unrichtig!*) Herr Kollege Stix! Ihre Erwartungen haben sich leider nicht erfüllt, ich sage: leider. Das muß man den Leuten auch sagen, um nicht übertriebene Erwartungen zu erwecken.

Herr Minister! Sie haben gestern, wie ich der heutigen „Kronen-Zeitung“ entnehme,

Dkfm. DDr. König

ein Elektroauto vorgestellt. Es dürfte sich um die schwedische ASEA handeln, mit Zink-Brom-Batterien; ich hoffe, daß sie aus Österreich kommen. Dieses Elektroauto soll in zwei Jahren serienreif sein.

Meine Frage: Was werden Sie im Rahmen der Bundesregierung unternehmen, um das von Ihnen vorgestellte Auto tatsächlich in Österreich auch zum Einsatz zu bringen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Es handelt sich nicht um eine schwedische Entwicklung, sonst hätte ja nicht ich sie vorgestellt, sondern um eine österreichische aus der Steiermark. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. König: Die Batterie!)* Ja, aber das ist eine andere Abkürzung. Das ist nicht die Abkürzung des schwedischen Industriekonzerns, sondern das ist eine Entwicklung aus Österreich, aus der Steiermark, in Zusammenarbeit mit der NEWAG und ELIN.

Es ist ein Antrieb auf Batteriebasis entwickelt worden, der wesentliche Vorteile gegenüber der bisherigen Bleibatterie hat: Erstens: Das Gewicht ist nur ein Drittel. Zweitens: Die Reichweite ist wesentlich höher, sie geht in die Größenordnung von 100 bis 200 km. Drittens: Es ist ein wichtiges technologisches Problem gelöst worden. Bisher konnte man nämlich bei Batterien nie erkennen, wie lange ihre Lebensdauer noch reicht. Sie konnten nie so wie bei einem Benzintank sagen: halb-voll, viertelvoll, dreiviertelvoll. Es ist jetzt eine Technologie entwickelt worden, um dieses Problem zu lösen.

Ein oder zwei technologische Probleme bedürfen noch einer Lösung. Wir haben gestern auch besprochen, daß wir noch einige weitere Forschungsaufträge in dieser Richtung geben werden.

Nur: Das dann zur Marktreife zu führen und ein verkaufbares Auto zu entwickeln, ist nicht Aufgabe des Wissenschaftsministeriums, weil das unsere Aufgabenstellung und auch unsere finanziellen Möglichkeiten überschreiten würde.

Das, was die Forschung mit unserer Hilfe erarbeitet, müssen dann Firmen, die dazu da sind und die das entsprechende Know-how haben, umsetzen. Ich hoffe, daß das auch möglich sein wird und daß wir da einen guten Schritt weitergekommen sind.

Im übrigen, Herr Abgeordneter König,

möchte ich sagen: Ich habe auch nicht übertriebene Erwartungen, was alternative Energiequellen betrifft. So wie Sie und Präsident Stix weiß ich, daß die Summe aller erneuerbaren Energiequellen heute etwa 7 Prozent des Strombedarfes deckt.

Aber ein Wissenschaftsministerium kann ja an ein Problem nicht herangehen mit der Grundeinstellung: Macht euch keine übertriebenen Hoffnungen!, sondern ich kann an das Problem nur mit der Grundeinstellung herangehen: Da ist eine Möglichkeit, eine Chance, und was man herausholen kann, werden wir herausholen, wie viel oder wie wenig es immer sein mag. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter **Haigermoser (FPÖ):** Herr Bundesminister! Ohne die innovatorischen Kräfte der Industrie wird es kaum möglich sein, Forschungsergebnisse auch in die Praxis umzusetzen. Sie haben gerade selbst erklärt, daß die entsprechenden Ergebnisse dann auch in die Produktion einfließen müssen. Nun frage ich Sie: Wie ist das Interesse der österreichischen Industrie an der Nutzung der Sonnenenergie?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Ich glaube, daß das Interesse der Industrie an der Nutzung der Sonnenenergie dadurch am besten zum Ausdruck gebracht werden kann, daß es ein Marktvolumen von meines Wissens über 100 Millionen Schilling gibt, das hier zur Disposition steht, das ausgenutzt werden kann. Einige Unternehmen haben sich sehr bemüht, die Forschungsarbeit, die in Österreich geleistet wurde, auch in die Praxis umzusetzen. Ich glaube, daß langfristig gesehen die Chancen, die sich auf diesem Gebiet ergeben, absolut noch nicht erschöpft sind.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Abgeordneter Blenk (ÖVP) an den Herrn Minister.

816/M

Warum ist der öffentliche Forschungsaufwand für Hochtechnologie noch immer weit unter dem internationalen Durchschnitt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Ich weiß nicht, ob Sie mit dem For-

Bundesminister Dr. Fischer

schungsaufwand für Hochtechnologie gewissermaßen eine neue Kategorie schaffen wollen. Aber wenn wir bei den gängigen Kriterien Aufwand für Forschung und Entwicklung, F- und E-Aufwand, bleiben, so möchte ich Ihnen im Anschluß an die Fragestunde eine Tabelle überreichen, die von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften erstellt wurde und die folgendes zeigt; das scheint mir wichtig zu sein, weil Sie gerade nach dem öffentlichen Forschungsaufwand fragen.

Erstens: Was den Gesamtaufwand für Forschung und Entwicklung betrifft, sind wir noch immer im europäischen Vergleichsmaßstab nicht dort, wo wir sein wollen. Wir liegen noch immer hinten. Es ist eine steigende Tendenz, 1,3 Prozent Bruttonationalprodukt, wir sind aber noch hinten.

Wenn wir als zweites nur die öffentlichen Ausgaben heranziehen, Herr Abgeordneter, dann liegen wir schon wesentlich besser. Bei den öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegen Belgien, Dänemark, Irland und eine Reihe anderer Staaten hinter uns.

Wenn wir als drittes den öffentlichen Aufwand für zivile Forschung und Entwicklung betrachten und die militärische Forschung, die in Österreich keine Rolle spielt, beiseite lassen, dann liegt Österreich wirklich relativ weit vorne in Europa. Was die öffentlichen Ausgaben für zivile Forschung und Entwicklung in Rechnungseinheiten pro Kopf der Bevölkerung betrifft — ich gebe Ihnen dann diese Tabelle —, liegen Großbritannien, Belgien, Italien und so weiter hinter uns.

Also diese differenzierte Betrachtung sollten wir anstellen. Dann ist die Sprache der Zahlen doch bemerkenswert.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Blenk:** Herr Bundesminister! Sie wissen genauso gut wie ich um die Problematik der Zurechnung dieser Beträge zu den sogenannten Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Wir diskutieren darüber schon seit Jahren. Es ist praktisch damit die gesamte Wissenschaftsbudgetausgabe zugewiesen, zugeordnet der Forschung und Entwicklung nach einem bestimmten Prozentsatz. In Wirklichkeit ist natürlich der tatsächliche Anteil weit geringer.

Es ist halt eine Tatsache, Herr Bundesminister, daß die Technologie und, wenn Sie wol-

len, die Hochtechnologie — denn wir denken natürlich besonders in diesen Spitzenkategorien — das Kriterium schlechthin für die künftige Wettbewerbsfähigkeit und Überlebensfähigkeit der Wirtschaft ist.

In allen diesen Bereichen sind wir doch relativ weit hinten. Das geht aus allen OECD-Statistiken, aus allen Exportstatistiken hervor. Die Schweiz exportiert prozentuell dreimal mehr an hochtechnologischen Fertigwaren als wir, weil bei uns dieser Bereich echt unterentwickelt ist.

Herr Bundesminister! Im Laufe der Jahre sind immer wieder große Strategien entwickelt worden mit operativen Vorschlägen für die Verbesserung des Technologieanteiles. *(Rufe bei der SPÖ: Frage!)*

Meine Frage, Herr Bundesminister: Welche operativen Maßnahmen sehen Sie zusätzlich zu den Bemühungen vor, die es bisher gegeben hat, um den technologischen Standard Österreichs und den technologischen Anschluß Österreichs zu sichern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Unsere Bemühungen konzentrieren sich auf drei große Bereiche.

Erstens: Die Entwicklung von Technologieschwerpunktprogrammen, die wir vor eineinhalb Jahren begonnen haben. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen.

Zweitens: Die verstärkte internationale Forschungszusammenarbeit. Ich habe da noch eine diesbezügliche Anfrage des Herrn Abgeordneten König zu beantworten, wo ich in mehr Details gehen kann.

Und drittens: Die verstärkten Bemühungen um eine innerösterreichische Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Ergänzend möchte ich nur sagen, daß es ein Irrtum wäre, anzunehmen, daß das gesamte Wissenschaftsbudget als forschungswirksam gewertet wird. Es wird nicht einmal das gesamte Hochschulbudget als forschungswirksam gewertet, sondern bestimmte im Frascati-Manual festgelegte Anteile werden als forschungswirksam gewertet. Ich sage das nur, damit da kein Mißverständnis entsteht.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Blenk:** Herr Bundesmini-

Dr. Blenk

ster! Ich habe diese prozentuelle Aufteilung ja erwähnt. Es gäbe darüber hinaus eine Reihe von Vorschlägen. Ich erinnere an die Studie „Versuch einer Strategieentwicklung für die österreichische Technologiepolitik“ der österreichischen Gesellschaft für betriebliche Ausbildung, wo eine ganze Reihe zusätzlicher, für Sie interessanter Maßnahmen enthalten wäre.

Herr Bundesminister! Es ist unbestritten, daß auch die Frage des psychologischen Umfeldes, des politischen Umfeldes für die Entwicklung der Technologien entscheidend ist.

Ich habe vor kurzem einen Artikel in „Le Monde“ gelesen, wo es hieß, in Österreich habe man wegen der Priorität der Erhaltung der Arbeitsplätze vor allem in der verstaatlichten Industrie eigentlich eine psychologische Barriere gegenüber entsprechenden strukturellen technologischen Neuerungen aufgerichtet, ein psychologisch ungünstiges Klima für die Technologie entwickelt.

Meine Frage daher an Sie, Herr Bundesminister: Was gedenken Sie zu tun, um in dieser entscheidenden Frage der Schaffung eines innovationsfreundlichen, technologiefreundlichen psychologisch-politischen Umfeldes zu Verbesserungen zu kommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Ich bin mir sehr bewußt, daß die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung stimmen müssen, weil sich sonst die Sache nicht entwickeln kann.

Nur in einem kann ich Ihnen nicht folgen. Hoffentlich habe ich Sie mißverstanden, wenn Sie meinen, daß Priorität für die Sicherung von Arbeitsplätzen ein Hemmnis oder eine Hürde wäre. Man muß das eine tun, ohne das andere zu lassen. Man muß die Priorität für die Sicherung von Arbeitsplätzen als ein grundlegendes politisches Ziel im Interesse der betroffenen Menschen hochhalten und — ab da kann ich Ihnen folgen — im Bereich der Steuerpolitik, im Bereich der Universitätspolitik durch entsprechende Programme und durch eine entsprechende Grundeinstellung dafür sorgen, daß ein forschungs- und entwicklungsfreundliches Klima in der Gesellschaft entsteht oder weiterentwickelt wird.

Wenn ich daran denke, daß sich dazu nicht nur die politischen Parteien bekennen, sondern daß etwa auch die Bundeswirtschafts-

kammer kürzlich mitgeholfen hat, einen Lehrstuhl zu finanzieren, daß es kürzlich ein Gespräch ÖGB und Wissenschaftler über Forschungsprojekte, die vom ÖGB finanziert werden, gegeben hat, dann dürfte man doch den Befund wagen, daß es an sich seitens aller relevanten gesellschaftlichen Kräfte in Österreich die Bereitschaft und die Mitarbeit gibt, ein forschungsfreundliches Klima weiter aufzubauen und zu fördern.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Das Stichwort „Hochtechnologie“ veranlaßt mich zu dem offenbar gebotenen Hinweis, daß entgegen einer weitverbreiteten Primitivvorstellung über Sonnenenergienutzung gerade Sonnenenergienutzung zur Hochtechnologie gehört. Die stürmische Entwicklung im Bereich der photovoltaischen Zellen zur Stromerzeugung und zur Wasserstoffgewinnung beweist dies.

Aber wir brauchen, Herr Bundesminister, im weitesten Sinn Umwelttechnik und dafür Hochtechnologieforschung. Wie steht es um diesen Bereich und im Zusammenhang damit auch um die Hochtechnologieforschung im informationsverarbeitenden Bereich?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Was die Umwelttechnik betrifft, müßte man eigentlich weiter ausholen, weil ich der Überzeugung bin, daß die Forcierung der Umwelttechnologien mehrere Vorteile zugleich verschafft. Erstens kommen wir in einem bestimmten Forschungsbereich voran, zweitens weisen unsere Produkte bis hin zu den Großanlagen, die man exportieren will, damit Voraussetzungen auf, die sie konkurrenzfähiger machen, und drittens geben wir das Umweltproblem nicht ex post an, verfolgen wir nicht eine End-of-the-pipe-technology, sondern wir packen es quasi bei der Wurzel und entwickeln von vornherein Technologien, die bestimmte Umweltbelastungen gar nicht aufkommen lassen.

Aus diesem Grund wird es mein Bemühen sein — ich habe schon erste Angaben darüber gemacht —, im kommenden Jahr ein Umwelttechnologieprogramm in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsminister und dem Finanzminister, der das aus seiner früheren Tätigkeit ja schon kennt, zu erarbeiten und auch Möglichkeiten der Finanzierung sicherzustellen.

Präsident

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Nowotny.

Abgeordneter Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Bundesminister! Im Gegensatz zum Herrn Abgeordneten Blenk bin ich der Meinung, daß man Hochtechnologie nicht als Wert an sich sehen kann, sondern daß es immer wichtig ist, zu fragen, für welche Zwecke es denn nützlich ist, zum Beispiel gerade für Beschäftigungszwecke, aber auch für andere Zwecke.

Einen interessanten Ansatz in dieser Richtung stellt meines Erachtens das internationale Hochtechnologieprojekt EUREKA dar, das quasi die europäische Antwort einer friedlichen Hochtechnologie auf die amerikanischen Star War-Pläne ist. Meine Frage: Wie weit ist die österreichische Mitarbeit an diesem EUREKA-Projekt gediehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Österreich hat sich bisher an zwei EUREKA-Forschungsprojekten, an EUROTRACK, einem Umweltprojekt, und einem zweiten Projekt, das dem Aufbau eines europäischen Forschungsverbundes dient, beteiligt. Bei der kommenden Ministerkonferenz in London am Montag der nächsten Woche werden wir fünf weitere österreichische EUREKA-Projekte aus den verschiedensten Themenbereichen mit den verschiedensten österreichischen Firmen als Teilnehmer vorlegen.

Ich betrachte das eigentlich als ein sehr gutes Ergebnis, denn die EUREKA-Kriterien sind so streng, daß von den ursprünglich angenommenen über 100 EUREKA-Projekten in London vermutlich nur etwa 60 bis 65 übrig bleiben werden.

Wenn, was ich hoffe und annehme, von 60 EUREKA-Projekten 5 mit österreichischer Beteiligung zustande kommen, mit der Firma AMI oder mit den Tiroler Plansee-Werken und anderen, dann ist das ein wirklich sehr gutes Ergebnis. Ich glaube daher, daß wir diesem EUREKA-Konzept weiterhin mit Vertrauen entgegenkommen sollen. So wie Sie möchte auch ich betonen, daß es mir wichtig erscheint, daß das ein Forschungsprogramm mit zivilen Zielsetzungen ist.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Neisser.

Abgeordneter Dr. **Neisser** (ÖVP): Hochtechnologie wird in Österreich zumindest zum

Teil auch in Form der Forschungsschwerpunkte gefördert. Herr Minister! Sie haben angekündigt, daß Sie neben den bestehenden Schwerpunkten Mikroelektronik und Biotechnologie als dritten Schwerpunkt „Neue Werkstoffe“ etablieren wollen.

Ich glaube, mit der Ankündigung allein ist es nicht getan. Ich möchte daher an Sie die Frage richten: Welchen Betrag wird die öffentliche Hand zur Verfügung stellen, um diesen neuen Forschungsschwerpunkt „Neue Werkstoffe“ umsetzen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Wir werden gezwungen sein, diesbezüglich in die Budgetverhandlungen mit hohen Beträgen zu gehen, weil auch das Mikroelektronikprogramm fortgesetzt werden muß, weil das Biotechnologieprogramm fortgesetzt werden soll, weil in Wien im 3. Bezirk die Gründung eines Biozentrums in Zusammenarbeit zwischen Firmen und universitären Einrichtungen beabsichtigt ist und weil ich langsam auch beginnen muß, ein gewisses Finanzierungspotential für EUREKA aufzubauen.

Da auf der anderen Seite der Finanzminister aus Gründen, die ich Ihnen nicht darlegen muß, alles daransetzt, um ein allzu starkes Anwachsen des Budgetvolumens zu vermeiden, werden das wirklich schwierige Budgetverhandlungen sein. Ich kann natürlich deren Ergebnis jetzt nicht irgendwie vorher sagen oder vorwegnehmen, aber in dieser Dichotomie werden sich sicher die Beratungen über die Finanzierungsmöglichkeiten abspielen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Abgeordneter König (ÖVP) an den Herrn Minister.

817/M

An welchen internationalen Forschungsoperationen wird sich Österreich zusätzlich beteiligen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! In der Kürze der Fragestunde kann ich natürlich nicht alle einzelnen Projekte aufzählen, sondern nur sagen: Die internationale Forschungsk Kooperation, die wir zusätzlich vorantreiben wollen, bezieht sich einerseits auf COST, wo ja diese Woche in Wien eine Tagung stattgefunden hat und Österreich ein wirklich anerkanntes Mitglied bei den Projekten ist, und zweitens auf den Bereich EUREKA, was wir soeben besprochen haben.

Bundesminister Dr. Fischer

Das dritte und Wichtigste, was ich Ihnen bei dieser Gelegenheit ankündigen und mitteilen kann, ist, daß der Stand der Verhandlungen zwischen Österreich und der EWG über den Abschluß eines Rahmenabkommens auf dem Gebiet der Zusammenarbeit im Bereich der Forschung so weit gediehen ist, daß voraussichtlich noch im Juli der österreichische Außenminister in der Lage sein wird, in Brüssel ein Rahmenabkommen mit der EWG über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung abzuschließen. Ich sage: voraussichtlich, wenn nicht irgendein Problem noch auftritt. Aber ich rechne damit, daß das noch im Laufe des kommenden Monats Juli möglich sein wird.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Bundesminister! Leider hinkt Österreich in der Forschung gegenüber vergleichweisen Staaten noch hinten nach, und das äußert sich dann sehr nachteilig in unserer Patentbilanz.

Sie haben COST erwähnt, jenes europäische Programm, in dem beispielsweise die Schweiz und Schweden, auch neutrale Staaten, beachtlich vor uns liegen. Meine ganz konkrete Frage: Bis wann hoffen Sie ein Gleichziehen Österreichs an den COST-Projekten zu erreichen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Die Frage habe ich jetzt nicht verstanden: Ein Gleichziehen Österreichs bei den COST-Projekten? (*Abg. Dr. König: Wir liegen ja über 30 Prozent unter der vergleichweisen Beteiligung Schwedens und der Schweiz!*) Das hängt aber damit zusammen, daß COST ein System ist, bei dem wir uns aussuchen, wo wir eine Zusammenarbeit für sinnvoll halten, wo wir sie für zweckmäßig halten, wo wir allenfalls auch in anderen Formen der internationalen Kooperation vorgehen oder wo wir unsere Aktivitäten auf unsere innerösterreichische Kapazität konzentrieren.

Im Rahmen dieser Fragestunde, meine Damen und Herren und Herr Kollege König, entsteht ja der Eindruck, als wäre das ganze Land nur daran interessiert, daß wir internationale Forschungsk Kooperation betreiben. Das Problem schaut für mich anders aus: Viele österreichische Forschungsinstitute oder Universitätsinstitute sagen: Jetzt sind wir bei der ESA, jetzt sind wir bei EUREKA, jetzt arbeiten wir bei COST mit, jetzt unter-

schreibt ihr noch bilaterale Abkommen — bitte nicht so viel mit dem Ausland kooperieren, stärker auf österreichisches Potential abstützen! Diese Gesichtspunkte gegeneinander abzuwägen, ist eine gar nicht so leichte Aufgabe, und daher strebe ich in diesem Bereich nicht eine Maximierung an, sondern eine Optimierung.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Minister! Natürlich sucht man sich die Programme aus. Aber es ist schwer einzusehen, daß Österreich nicht durch die Teilnahme an internationalen Programmen, an denen sich etwa die Schweiz und Schweden als vergleichbare Länder beteiligen, Vorteile haben soll, weil ja doch die Erfolge daraus sich dann auch in Patenten niederschlagen, die man sonst als Lizenzen teuer zahlen muß.

Meine ganz konkrete Frage: Die Schweiz und Schweden haben sich beispielsweise am JET-Projekt beteiligt, also an dem Projekt der Kernfusion, das in Europa durchgeführt wird. Österreich hat das bislang nicht getan, obwohl es im heurigen Jahr die Möglichkeit gehabt hätte, in der nächsten Phase einzusteigen, und obwohl wir wissen, daß sich gerade auf dem Sektor des Magnetismus hochinteressante wissenschaftliche Erkenntnisse, die sich dann auch in Patenten niederschlagen, ergeben.

Meine Frage: Haben Sie die Absicht, hier nun doch österreichischerseits gleichzuziehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Erstens geht die Frage, ob sich Österreich an der Kernfusion beteiligen soll, über das Problem einer unmittelbaren Forschungsk Kooperation hinaus. Das ist eine grundlegende Frage, die wir im Rahmen der Bundesregierung behandeln, und zwar unter den verschiedensten Gesichtspunkten und sehr langfristig, denn Sie wissen, daß die Kernfusion für die Energiegewinnung vermutlich nicht vor dem Jahr 2020 oder 2030 realisierbar und anwendbar sein wird.

Zweitens ist zum Beispiel unter unseren EUREKA-Projekten eines, das sich mit Materialforschung für die Innenwand von solchen Kernfusionsreaktoren befaßt. Aber der Beitritt zum Programm über die Entwicklung von Kernfusionsreaktoren JET in Konkurrenz zu den japanischen, sowjetischen und

Bundesminister Dr. Fischer

anderen Programmen ist eine Frage, die grundsätzlich überlegt und unter den verschiedensten Gesichtspunkten geprüft werden muß.

Sie wissen ja zum Beispiel, wenn ich das noch hinzufügen darf, daß es gewisse internationale Sondierungen gibt, ob nicht Österreich für einen Versuchsreaktor in Frage käme. Auch das müssen wir sehr gründlich prüfen, denn ich möchte nicht, daß allenfalls Entscheidungen getroffen werden, denen dann ein nicht vorherberechenbares Schicksal droht.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ihre erfolgreichen Anstrengungen, Österreich unter keinen Umständen von der europäischen Forschungsentwicklung abkoppeln zu lassen, werden aufgrund unserer europapolitischen Grundhaltung voll und ganz begrüßt und unterstützt.

Sie haben in Ihrer jetzigen Beantwortung bereits gesagt, daß im August das Abkommen mit den EG unterzeichnet werden wird. Aber das ist ja nicht das einzige Hindernis auf dem Weg zu einer intensiven österreichischen Mitarbeit an der europäischen Forschung. Auf welches Ziel werden Sie sich nach Abschluß dieses Abkommens als nächstes konzentrieren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Ich freue mich, daß Sie die Bemühungen um den Abschluß eines Rahmenabkommens mit der EWG positiv beurteilen. Österreich zieht damit der Schweiz und Schweden nach, die ebenfalls den Weg eines solchen Rahmenabkommens gegangen sind. Wenn es abgeschlossen sein wird, wird eine gemischte Kommission zwischen der EWG und Österreich einzusetzen sein, und zwar mit der Aufgabe, konkrete Formen der Forschungskooperation zwischen der EWG und Österreich auszuarbeiten und auch über deren Finanzierung Entscheidungen zu treffen.

Weiters wird der EUREKA-Prozeß fortzusetzen sein, und schließlich prüfen wir auch, welche bilateralen Forschungsabkommen in weiterer Folge für Österreich sinnvoll sind und welche wir abschließen können, sodaß sich auch dieses EWG-Abkommen nur einbettet in einen Rahmen von Bemühungen um die

Verstärkung der internationalen Forschungskooperation.

Ein weiterer Punkt, der mir gerade einfällt, ist, daß wir momentan sehr genau eine Mitarbeit bei dem Forschungsinstitut Lane-Langevin in der Schweiz prüfen, wo die Bilanz der Vor- und Nachteile vermutlich auch positiv ist, sodaß ich gerne, wenn ich es irgendwie finanzieren kann, was allerdings noch nicht sichergestellt ist, auch hier eine Kooperation anstreben möchte.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Seel.

Abgeordneter Dr. Seel (SPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben darauf hingewiesen, daß für die Forschung und Entwicklung in Österreich zweifellos das EUREKA-Programm von Bedeutung ist. Es ist ein Programm, das im wesentlichen Firmen in diese Kooperationssituation bringt. Welche Erwartungen haben Sie hinsichtlich etwaiger Impulse aus diesem EUREKA-Programm auf die Universitäten und auf die Grundlagenforschung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Die fünf neuen Programme, die wir jetzt beraten, sind Firmenprogramme. Aber die zwei Programme, an denen wir uns beteiligen, EUROTRACK und ein zweites über den Aufbau eines Forschungskooperationsnetzes, sind Grundlagenprogramme. Darum glaube ich, daß von EUREKA nicht nur für Firmen und für wirtschaftliche Überlegungen, sondern auch für die Grundlagenforschung Impulse ausgehen werden.

Das zweite ist, daß die EUREKA-Projekte natürlich mit den Technologieprogrammen irgendwie parallelgeschaltet werden sollen und daß die Technologieprogramme wieder einen Anwendungsteil haben, der vom Verkehrsminister betreut wird, und einen Grundsatzteil, der den Universitäten und der Grundsatzforschung zugute kommt. Auch auf diese Art erwarte ich mir hier Impulse und Vorteile.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Neisser.

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Bundesminister! Auch ich begrüße es, daß demnächst, zwar nicht durch Sie, aber durch den Außenminister, offenkundig ein Rahmenabkommen mit den EG zur Forschungskooperation unterzeichnet wird. Die Beteiligung an Projekten ist für die Zukunft der österreichi-

12996

Nationalrat XVI. GP — 150. Sitzung — 27. Juni 1986

Dr. Neisser

schen Forschungspolitik lebenswichtig. Man darf aber nicht vergessen, daß diese Beteiligung auch Geld kostet.

Ich frage Sie daher: Haben Sie eine Berechnung, wie groß der finanzielle Mehrbedarf in den nächsten Jahren sein wird, der sich aus einer konkreten Beteiligung Österreichs an Kooperationsprojekten im Bereich von Forschung und Entwicklung ergibt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Unsere zuständigen Fachabteilungen, die an einem Problem arbeiten, legen mir immer auch Berechnungen über die Finanzierung vor. Aber wir haben hier einen Disput, der sich durch die ganze gestrige und heutige Fragestunde zieht, nämlich daß Sie mich gerne auf die Nennung von Zahlen festlegen wollen, ich das aber vor den Budgetverhandlungen vermeiden will, weil ich nicht möchte, daß ein Erfolg bei den Budgetverhandlungen, wie er etwa im Vorjahr mit einer Steigerung des Wissenschaftsbudgets um fast 10 Prozent erzielt wurde, dadurch relativiert wird, daß man sagt: Aber das, was sich der Wissenschaftsminister eigentlich vorgenommen hat, was er eigentlich beantragt hat, nämlich plus 15 Prozent oder plus 13 Prozent, hat er nicht erreicht!

Ich bitte Sie um Verständnis, daß ich bei dieser Haltung bleiben und keine Aussagen über Finanzierung und Finanzierungsvolumina während der jetzt gerade laufenden Budgetverhandlungen — die Beamtenverhandlungen finden ja schon statt: vorige Woche, diese Woche — machen möchte.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Abgeordneter Neisser (ÖVP) an den Herrn Minister.

818/M

Wieso liegen noch keine relevanten Forschungsergebnisse zu den Fragen der Technologiefolgenabschätzung vor?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Sie gehen da von falschen Voraussetzungen aus, wenn Sie fragen, wieso noch keine relevanten Forschungsergebnisse zu den Fragen der Technologiefolgenabschätzung vorliegen. Es gibt da etliche Projekte, die erfreulicherweise bereits abgeschlossen wurden.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Neisser: Herr Minister! Ich gehe nicht von falschen Voraussetzungen aus. Das Problem der Folgen der Technik, vor allem jenes der sozialen Folgen, ist eines, das nicht nur durch die Wissenschaft und durch die Forschung zu lösen ist, sondern da müssen ganz wesentlich auch die politischen Entscheidungsträger miteinbezogen werden.

Wir entscheiden hier im Parlament laufend über Gesetze, wo die Auswirkung der neuen Technik und neuer Technologien eine Rolle spielt. Daher ist es zuwenig, durch ein Institut oder eine Arbeitsgruppe zu forschen. Andere Länder haben bei diesem Thema immer versucht, gleichzeitig die Brücke zur Politik herzustellen.

Ich möchte Sie daher fragen: Was werden Sie unternehmen, um in Zukunft auch die politischen Entscheidungsträger in dieses Thema und in diese Forschungsergebnisse einzubinden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Dem Institut für Technologiefolgenabschätzung ist ja ein Beirat zugeordnet, in dem die verschiedensten politischen Institutionen einschließlich ÖGB, Bundeswirtschaftskammer, Ministerien, Behörden und so weiter vertreten sind. Die letzte Sitzung dieses Beirats hat vor drei oder vier Wochen stattgefunden. Wir haben alle Fragen, die dort gestellt wurden, gründlich diskutiert, und ich bin auch gerne bereit, jeder Forderung zu entsprechen oder jeden Wunsch, der hier artikuliert wird, zu erfüllen. Denn wir haben das Ganze ja nicht gemacht L'art pour l'art, sondern deswegen, um ein Institut zu haben, das an konkreten Aufgaben arbeitet.

Arbeiten, die fertiggestellt sind, sind zum Beispiel: Anwendungskonzept zur flexiblen Automation in Klein- und Mittelbetrieben, Technologiebewertung zu Problemen der Luftverschmutzung durch Straßenfahrzeuge, Perspektiven von Technologie und Arbeitswelt in Österreich. Ich halte dies alles für sehr sorgfältig überlegte Themen. Ich glaube, daß die Wissenschaftler, die daran arbeiten — ohne daß ich jetzt Zeugnisse verteilen will —, qualifiziert sind, und ich bin auch dafür, daß die Ergebnisse dieser Arbeiten nicht in irgendwelchen Schreibtischladen landen, sondern dorthin gelangen, wo auf diesem Gebiet Entscheidungen getroffen werden müssen.

Präsident

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Neisser: Herr Minister! Sie selbst haben jetzt Themenbeispiele genannt, unter denen geforscht wird. Im vergangenen Jahr fand in Alpbach eine große Diskussion statt, an der auch der Leiter des OTA, jener Organisation in den Vereinigten Staaten, die sich mit dieser Aufgabe beschäftigt, teilnahm. Es gab eine lange Diskussion darüber, wie die Themen für die Aufträge, die an die Forschung zu erteilen sind, zu formulieren sind.

Ich habe das Gefühl, daß die Thematik bei uns in Österreich eher zufällig zustande kommt. Haben Sie ein bestimmtes System und eine Methode, wie die Themen für diese Forschung zu formulieren sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Es ist völlig richtig, daß die Formulierung der Themen zu den wichtigsten Aufgaben zählt. Wir versuchen das Problem so zu lösen, daß wir quasi den Input, das, was die Themenfindung betrifft, von den verschiedensten Richtungen her ansetzen. Das heißt, es gibt Themen, die direkt von einer Institution als ein ungelöstes Problem herangetragen werden, zum Beispiel von der Post gewisse Technologieprobleme im Zusammenhang mit neuen Kommunikationssystemen. Es ist also so, daß ein künftiger Anwender ein Thema definiert.

Die zweite Möglichkeit ist — das ist auch Aufgabe dieses Beirates —, im Beirat gewisse Themen zu fixieren und zu diskutieren.

Die dritte Form der Themenfindung ist, daß das Institut selbst, zum Teil auch ausgehend von den zur Verfügung stehenden Wissenschaftern und ihren Arbeitsgebieten, gewisse Themen aussucht.

Die Summe der Themen, die meist größer ist als die Arbeitskapazität, muß dann noch einmal vergleichend bewertet und nach Prioritäten gereiht werden. Und das, was dann an die Spitze der Prioritäten kommt, wird auch durchgeführt, sofern es sich nicht um reine Auftragsforschung in der Weise handelt, daß ein künftiger Anwender selbst auch gleich die Kosten übernimmt. Das geschieht ja auch und ist ebenfalls Zweck des Instituts, nämlich daß eine Institution sagt: Wir sind an dieser Themenstellung interessiert, wir bitten dazu um eine Expertise, wir sind auch bereit, das zu finanzieren. Das ist dann ein Sonderfall, der außerhalb der Prioritätenliste liegt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Bundesminister! Abgesehen von der Themenfindung und der Themendefinition, was sind die Gesichtspunkte, unter denen Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit Maßnahmen in bezug auf die Technologiebewertung setzen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Die Gesichtspunkte für Maßnahmen in bezug auf die Technologiebewertung sind nicht in erster Linie im Ministerium selbst auszuwählen, denn dazu haben wir ja dieses Institut gegründet, damit sich die Auftragsforschung auf andere Bereiche und unter anderen Gesichtspunkten konzentrieren kann. Die Themen, die mit dem Problem Technologiebewertung und Technologiefolgenabschätzung zusammenhängen, sollen eben von diesem Institut bearbeitet werden.

Mein ganz persönlicher Gesichtspunkt ist der, daß ich versuche, einerseits die Forcierung neuer Technologien zu bejahen, denn ich bekenne mich zum technischen und zum wissenschaftlichen Fortschritt. Ich glaube, daß er für die Gesellschaft und für die Menschen notwendig ist. Andererseits sind wir aber verpflichtet, zeitgerecht und frühzeitig die Probleme und Gefahren neuer Technologien zu erkennen, damit wir nicht in Sackgassen laufen oder damit nicht andere Kräfte und vielleicht mit anderen Motiven es übernehmen, Technikfeindlichkeit zu pflegen. Das ist mein ganz persönlicher Gesichtspunkt in dieser Sache.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Seel.

Abgeordneter Dr. Seel (SPÖ): Herr Bundesminister! Insbesondere auf seiten der Arbeitnehmerschaft bestehen Ängste und Sorgen bezüglich der Einführung und der weiteren Entwicklung neuer Technologien in den Betrieben. Es kommt daher in diesem Bereich insbesondere darauf an, Aufklärung zu betreiben und Information zu vermitteln. Sie haben Bemühungen gesetzt, zwischen Gewerkschaft und Universität einen Prozeß der Kommunikation in Gang zu bringen.

Welche Schritte haben Sie unternommen, und welche Ergebnisse hat diese Kommunikation bereits gezeitigt?

Präsident: Herr Minister.

12998

Nationalrat XVI. GP — 150. Sitzung — 27. Juni 1986

Bundesminister Dr. Fischer

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Ich könnte Ihnen da eine ganze Reihe von Maßnahmen nennen. Schon vor zwei Jahren habe ich gewissermaßen symbolisch gemeinsam mit dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und dem Vorsitzenden der Rektorenkonferenz dem ÖGB einen Besuch abgestattet und über gemeinsame Interessen ein Gespräch geführt. Daraus ist auch die Bereitschaft des ÖGB entstanden, bestimmte Forschungsaufträge zu finanzieren.

Ein anderes Bemühen von mir ist, Probleme der Arbeitswelt verstärkt auch in den Universitätsalltag und in die Universitätstätigkeit einzuführen. Die Gewerkschaft und auch die Arbeiterkammern sind bereit, Persönlichkeiten entsprechender Qualifikation zu nennen, die in der Lage sind, Lehraufträge zu übernehmen. Ich unterstütze auch das und habe auch den Rektoren ein diesbezügliches Schreiben geschickt mit der Bitte, davon Gebrauch zu machen.

Eine dritte Sache ist, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund eine Aktion gestartet hat, die die Meinung der Mitglieder zu gewissen grundsätzlichen Fragen erheben soll. Daran haben Wissenschaftler und Universitätsprofessoren mitgearbeitet. Vor drei oder vier Wochen ist das Ergebnis dieser Bemühungen öffentlich vorgestellt worden.

Ich könnte Ihnen noch drei, vier, fünf andere Aktionen in dieser Richtung nennen, die wir in den letzten Jahren durchgeführt haben.

Etwas, woran ich gerade arbeite, ist die Frage, ob eine Fachgewerkschaft des ÖGB, die ja bekanntlich eine Patenschaft über ein bestimmtes Bataillon oder Regiment des Bundesheeres übernommen hat, nicht auch eine Patenschaft über ein Institut oder eine Fakultät an der Technischen Universität übernehmen könnte. Ich würde das für eine interessante Geste und Entwicklung halten. Der Obmann der Gewerkschaft der Metallarbeiter prüft diesen Vorschlag und diese Möglichkeit, und ich sondiere gleichzeitig, welche Fakultät oder welches Institut an der Technischen Universität dafür in Frage käme.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Blenk.

Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP): Herr Bundesminister! Diese letzte Debatte läßt mich etwas zweifeln an der tatsächlich richtigen Dimension der ganzen Problembehandlung.

Technologiefolgenabschätzung ist heute in internationalen Gremien und auch in nationalen Bereichen überall ein zentrales Thema, etwa die Frage: Wie wirkt sich Technologie auf die gesellschaftlichen und sozialen Aspekte aus, auch zum Beispiel auf die völlig neue Problematik der demokratischen Entscheidungsfindung, um nur ein Problem zu nennen.

Ich würde es bedauern, wenn das ganze bilateral etwa als eine Gewerkschafts-Universitätspatenschaft und so weiter gesehen würde. Das ist viel globaler. Und vor allem, Herr Bundesminister, ist es primär ein politisches Problem.

Meine Frage geht nun dahin, Herr Bundesminister: Ist Ihnen bekannt, daß Institutionen der Technologiefolgenabschätzung in anderen Staaten — ich denke hier nicht nur an die USA, sondern etwa auch an Frankreich — parlamentarische Gremien sind, weil die politische Seite dieser ganzen Problematik vorrangig ist und nicht die wissenschaftliche Seite. In den Debatten bei der Gründung des Institutes hat man zum Teil fast von versorgungstechnischen Aspekten gesprochen; ich möchte das nur hereinbringen.

Ist Ihnen also bewußt, daß nicht die wissenschaftliche, sondern primär die politische Seite vorrangig ist? Sind Sie bereit, diesem Aspekt auch in Form einer weitgehenden Einbindung des Parlamentes in diese ganzen Überlegungen Rechnung zu tragen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Daß das ein sehr umfassendes Problem ist, ist ja völlig unbestritten. Niemand kann etwa annehmen, daß eine Institution oder eine Universität oder selbst die Universitäten im ganzen dieses Problem lösen können. Das ist ein Grundproblem der Gesellschaft, das in vielfältigster Weise behandelt werden muß.

Aber Faktum ist, daß es bis zum Jahre 1984 in Österreich kein Institut für Technologiefolgenabschätzung gegeben hat, und Faktum ist, daß wir ein solches Institut gegründet haben, daß es arbeitet, und das halte ich für positiv.

Ich kann Ihnen versichern, daß ich die Situation in anderen Ländern kenne, weil wir uns das angesehen haben, bevor das Institut gegründet wurde. Ich selbst habe das OTA in Washington besucht, ich kenne die Institutionen in Schweden und so weiter. Ich weiß auch, daß es manche Länder gibt, wo das nicht vorhanden ist.

Bundesminister Dr. Fischer

Wenn das Parlament Wünsche über eine verstärkte Einbindung oder Einbeziehung äußert, so werde ich diese Wünsche in der positivsten Weise behandeln, weil ich mir nur wünschen kann, daß alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen hier eingebunden sind.
— Danke.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Die jetzt nicht mehr zum Aufruf gelangten Anfragen werde ich am Beginn der nächsten Sitzung zum Aufruf bringen.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 1991/AB eingelangt ist.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich wie folgt zu:

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Antrag 209/A der Abgeordneten Mühlbacher, Eigruber und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Energieanleihegesetz 1982 geändert wird;

dem Zollausschuß:

Antrag 210/A der Abgeordneten Reicht, Hietl, Alois Huber und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Zolllarifgesetz 1958, BGBl. Nr. 74, geändert wird.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Freitag, den 27. Juni, um 10 Uhr 10 Minuten ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 04 Minuten